

Dicke Luft nach Stasi-Überprüfung in Hornow-Wadelsdorf

Hornow-Wadelsdorf Die Gemeindevertreter von Hornow-Wadelsdorf sind auf eine hauptamtliche und inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR überprüft worden. Einer der Umschläge aus der Stasi-Unterlagenbehörde in Frankfurt/Oder liegt noch ungeöffnet in der Amtsverwaltung Döbern-Land.



Günter Quander rät zu Ausschuss. Archivfoto: js

»Wir müssen definitiv davon ausgehen, dass sich in diesem Umschlag Unterlagen befinden«, sagt Amtsdirektor Günter Quander (parteilos). »Es sind vertrauliche Unterlagen. Der Inhalt hat nichts in der Öffentlichkeit zu suchen«, sagt Antoinette Leesker (Für Hornow-Wadelsdorf), die Bürgermeisterin. Aber zur Verfahrensweise müsse sich öffentlich verständigt werden, so Quander.

Nach dem Vorbild der Döberner Stadtverordneten schlug er vor, einen Ausschuss mit drei Leuten zu bilden. Alle drei Wählergruppen - Brandschutz, Für Hornow-Wadelsdorf und die SPD - sollten jemanden vorschlagen. Und es wäre gut, wenn dabei eine Mischung aus Abgeordneten und externen Bürgern herauskäme, so Quander. Bürgermeisterin Leesker unterbreitete auch gleich einen Vorschlag: Die junge Pfarrerin Dorothee Michler solle in den Ausschuss geholt werden. »Externer geht es gar nicht«, so Antoinette Leesker. Dorothee Michler komme aus einer anderen Region, sei neu in Döbern-Land und bringe als Pfarrerin das Fingerspitzengefühl für solch eine Aufgabe mit.

»Ich will in diesem Ausschuss dabei sein«, meldete sich Lothar Hendrischk (SPD), musste aber hinnehmen, dass es nicht nach den persönlichen Wünschen eines Abgeordneten geht. »Na, was hat aber der Pfarrer dort zu suchen?«, fragte er verärgert. Zudem ärgere ihn auch, dass sich derjenige unter den Gemeindevertretern, der für die Stasi gearbeitet hat, nicht öffentlich in dieser Runde dazu erklärt. Das wäre wichtig für die weitere Zusammenarbeit in der Gemeindevertretung, fand Lothar Hendrischk. Rüdiger Budek (Für Hornow-Wadelsdorf), der als Hornower Ortsbeiratsmitglied mit am Tisch saß, schüttelte kurz den Kopf. »Wir wissen doch, wie das mit der Unterwanderung damals war.« Doch die Abgeordnete Annett Zeuner (SPD) winkte ab. Sie wolle jetzt keine alten Geschichten hören, sondern die Vorgehensweise geklärt haben.

»Es gibt keine Eile«, sagte Bürgermeisterin Leesker. »Das Ergebnis der Überprüfung muss nicht bis zum 31. Dezember ausgewertet sein«, bestätigt auch Günter Quander. Es sei die Entscheidung der Gemeindevertreter, wie und wie schnell sie damit umgehen.

Demnach haben die drei Wählergruppen nun bis zur nächsten Gemeindevertretersitzung am 15. Februar des kommenden Jahres Zeit, über den Vorschlag für den Ausschuss nachzudenken. Der Ausschuss soll sich dann mit den Unterlagen befassen, diskutieren, welchen Schaden die Stasi-Tätigkeit wohlmöglich angerichtet hat, den Betroffenen einladen und letztendlich auch über Konsequenzen nachdenken. »Aber gezwungen werden, sein Mandat niederzulegen, kann ein Abgeordneter nicht«, sagt Bürgermeisterin Leesker.

Zum Thema:

Zum Themalm Jahr 2009 hatten die Abgeordneten in Hornow-Wadelsdorf einer Überprüfung der Gemeindevertreter auf Mitarbeit im Ministerium für Staatssicherheit der DDR zugestimmt - ein gutes halbes Jahr nach der Kommunalwahl 2008. Auch die Gemeindevertretung um Ex-Bürgermeister Wolfgang Jazosch hatte im Jahr 2003 eine solche Prüfung über sich ergehen lassen.



Lothar Hedrischk will Klarheit Archivfoto: mat1